

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 23 (1982)
Heft: 9

Artikel: Junta? Nie gehört! : Die argentinische Militärjunta ist zurückgetreten
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093776>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Junta? Nie gehört!

Die argentinische Militärjunta ist zurückgetreten

Diese Aussage gilt nun freilich nicht für die argentinische Bevölkerung, sondern nur für den Leser der Ostblockpresse. Dieser war es gewohnt, bei Berichterstattungen über Argentinien die Begriffe «Militärregierung» oder eben «Militärjunta» vorgelesen zu erhalten (obwohl die Sowjetunion wirtschaftlich schon bestens mit der «Rechtsdiktatur» in Buenos Aires auskam; siehe letzte Nummer), aber seit dem Ausbruch des Konflikts um die Falkland-Inseln sind diese Bezeichnungen in den Zeitungen des Sowjetlagers verschwunden.

Argentinien besetzte die Falkland-Inseln am 2. April, und die sowjetische wie die osteuropäische Tagespresse berücksichtigte die neue Sprachregelung sofort. Da war zum Beispiel die tschechoslowakische Zeitung «Uj szo» (das Organ der ungarischen Minderheit in der Slowakei) aus Bratislava (Pressburg) direkt ein Nachzügler, als sie noch am 3. April über die argentinische «Militärjunta» schrieb.

Das rasche Symptom gilt einer zielbewussten politischen Linie, und hier ist vor allem die massgebliche Darstellung aus der sowjetischen Presse von Interesse. Dabei sind namentlich zwei Beobachtungen zu machen.

Einmal ergreift die Sowjetunion in der direkten Auseinandersetzung zwischen Argentinien und Grossbritannien eindeutig Partei für Buenos Aires und proklamiert einen Fall des britischen Kolonialismus.

Dann aber — und das ist besonders symptomatisch — sucht Moskau über die beiden unmittelbaren Protagonisten hinaus nach dem Hauptschuldigen, und diesen sollen gefälligst die USA darstellen. Deren Vermittlungsbemühungen werden als Neokolonialismus und Imperialismus angefeindet. So konturiert man ausgerechnet bei diesem Konflikt, an dem Washington überhaupt kein Interesse haben konnte, schon die Legende von einem US-Stellvertreterkrieg um die Inseln.

Die Abrechnung mit Grossbritannien wird ziemlich einheitlich dem Hauptmotiv «Kolonialismus» unterstellt. Die Aufrechterhaltung des kolonialen Status der Inseln sei völkerrechtlich unzulässig («Prawda» vom 11. April 1982 in der besonders amtlichen Rubrik «Internationale Uebersicht»); Grossbritannien halte Kurs auf Wiederherstellung des kolonialen Status («Iswestija», 16. April 1982) usw.

(Wobei übrigens anzumerken ist, dass die kolonialistische Thematik im Falle der Falkland-Inseln erst mit der argentinischen Besetzung angefangen hat. Die Inseln waren von den Briten nicht kolonialisiert, sondern kolonisiert — besiedelt — worden. Die Bewohner selbst wollen

britisch sein, und nach dem völkerrechtlichen Hauptgrundsatz der Selbstbestimmung sollten sie es bleiben dürfen. Die argentinische Besetzung bedeutet demgegenüber Fremdbestimmung durch Aggression, und das nun ist ein richtiggehender kolonialistischer Uebergriff.)

Eine weitere sowjetische Interpretation: Die herrschenden britischen Konservativen suchten durch ein aussenpolitisches Abenteuer von ihren innenpolitischen Misserfolgen abzulenken (Boris Kotow in der «Prawda» vom 11. April 1982). Eine bemerkenswerte Logik. Um das zu bewerkstelligen, müssten die Briten die argentinische Junta darum ersucht haben, die Aktion Falkland-Inseln einzuleiten. Tatsächlich passt das Ablenkungsmotiv ja nur auf Buenos Aires.

Auch zur Darstellung der EG-Sanktionen gegen Argentinien gibt es eine sowjetische Lösung: «Schreiende wirtschaftliche Aggression.» Diesen genauen Ausdruck haben zwei «Prawda»-Autoren gebraucht: A. Maslennikow am 16. April und S. Wischnewskij am 18. April.

Indessen gelten die schwersten Angriffe wie gesagt den USA.

In seinem schon erwähnten Artikel schreibt Wischnewskij: «Die USA wollen die Rolle des Weltgendarmen spielen. Ihre polizeilichen Ambitionen stossen jedoch auf zunehmenden Widerstand von seiten der Völker und aller Kämpfer für Freiheit, Fortschritt und Frieden» (wie insbesondere jetzt offenbar von seiten der argentinischen Junta). Reagan habe seine «offensiven Absichten» gegen Argentinien offen zugegeben und gedenke im Falle eines Krieges mitzutun. Gegen Argentinien bestehe eine «Verschwörung der Neokolonialisten».

Die Steigerung dieses Motivs: Die Amerikaner schicken die Briten vor, um auf den Falkland-Inseln Nato-Stützpunkte einzurichten («Prawda», 21. April 1982).

Den gleichen Vorwurf hat auch die sowjetische Regierungszeitung abgehandelt, und da ist auch ganz direkt von amerikanischen Stützpunkten auf den Inseln die Rede. Die Absicht sei, die ganze südatlantische Region unter US-Kontrolle zu bringen. Einstweilen betätigten sich die Amerikaner, als Vermittler maskiert, noch als Helfershelfer der Briten, denen sie unter anderem Spionage-Informationen gegen Argentinien zukommen liessen. («Iswestija», 15., 16. und 17. April.)

Moskau ist zurzeit bestrebt, die ganze kommunistische Weltbewegung gegen die USA und Grossbritannien zu stimmen, mitsamt ihren Sympathisanten. Tatsächlich lässt sich die früher deklarierte Feindschaft gegen die «faschistische Militärjunta» von Buenos Aires rasch vergessen, wenn der politische Bedarf es erheischt. Mehrere Parteien der westlichen Welt haben bereits im sowjetisch gewünschten Sinn Stellung genommen, überraschend explizit zum Beispiel die griechische KP.

Vielleicht noch wichtiger als die deklariert kommunistische Weltbewegung ist den Sowjets die «Bewegung der (angeblich) Blockfreien». Deren Exekutivausschuss wird vom 31. Mai bis zum 4. Juni in Havanna tagen, unter dem Vorsitz von Fidel Castro.

Den Kubanern ist die Umstellung reibungslos geglückt.

Vor dem Falkland-Konflikt war Kuba mit Argentinien tüchtig verfeindet und unterstützte zum Beispiel die Guerillabewegung der «Montoneros» in Argentinien. Aber inzwischen sind die Montoneros offenbar militärpatriotisch auf der Seite der Junta. Ihr Exilführer Mario Firmenich hat seine Anhänger zur Unterstützung der argentinischen «Befreiungsaktion» aufgerufen — und zwar von Kuba aus.

Die gegensätzliche Haltung Argentinien und Kubas in zentralamerikanischen Fragen hatte vor einigen Monaten zur gegenseitigen Abberufung der Botschafter geführt. Noch am 26. März — eine Woche vor der Falkland-Invasion — klagte Kuba die Argentinier der «Intervention» in Nicaragua an.

Das hat sich geändert. Am 11. April kam der kubanische Botschafter Emilio Aragones in Buenos Aires an und stellte die Unterstützung seiner Regierung für die argentinische Aktion auf den Malwinen in Aussicht. Auch der argentinische Botschafter ist nach Havanna zurückgekehrt, und sogar der Grund seiner bisherigen Abwesenheit ist vergessen; er hatte sich — so erfährt man jetzt — auf «Urlaub» befunden.

Argentinien ist im Begriff zu zeigen, wie sich eine «rechtsextremistische Diktatur» der internationalen Achtung entziehen kann. Wenn genügend Nützliche mitmachen. srb

